

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 12. Februar 2007, 19.00 - 21.05 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Caminada Ignaz, CVP

Anwesend:	Antenen Peter, FDP	Maibach Urs, GB
	Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
	Balz Christian, FDP	Moser Hans, SVP
	Bichsel Bernhard, jfk	Oester Daniel, jfk
	Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hansueli, GB
	Egli Claudia, SP	Remund Jan, GFL
	Fischli Liz, GB	Rüegsegger Elisabeth, SVP
	Graber Martin, SP	Salvisberg Ueli, SVP
	Gysel Hermann, EVP	Salzmann Christoph, SP
	Hänni Thomas, FDP	Sidler Rita, SP
	Henggli Harald, FDP	Stähli Markus, parteilos
	Herren Thomas, FDP	Staub Hugo, SP
	Hofer Niklaus, SVP	Staub Stephanie, SP
	Köhler Hanspeter, FDP	Streiff Marco, EVP
	Krebs Daniel, SVP	Stucki Mark, FDP
	Lagger Valentin, CVP	Troxler Elisabeth, SP
	Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP
	Mäder Anna, SP	

Entschuldigt:	Berlinger Annemarie, SP	Schmid Hermann, SP
	Bühler Evelyn, FDP	Wyss Ursula, GFL

Gemeinderat:	Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
	Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
	Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
	Haudenschield Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokolle.....	20
2. Ersatzwahl Kommission für soziale Fragen	20
2.a. Kommission für soziale Fragen	
Bericht; Fristerstreckung.....	20
<i>Verschoben aus der Sitzung vom 12. Januar 2007</i>	
8. Motion SVP betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse	
<i>Beantwortung 0617; Direktion Planung und Verkehr</i>	--
3. Motion Ackermann (FDP) betr. Bekämpfung von Vandalismus	
Erstreckung der Erfüllungsfrist 0407; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	21
4. Motion Berlinger-Staub (SP) betr. Abstimmungs- und Wahlunterlagen für interessierte Ausländerinnen und Ausländer in der Gemeinde Köniz	
Beantwortung 0618; Direktion Sicherheit	22
5. Interpellation jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Bevölkerungszufriedenheit mit Gemeindedienstleistungen	
Beantwortung 0620; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	24
6. Interpellation SP betr. Erweiterung der Tempo 30 Zone im Zentrum Köniz	
Beantwortung 0622; Direktion Planung und Verkehr	25
7. Interpellation SP betr. Teeraufbereitung im Wangental - Salami taktik die zum Himmel stinkt	
Beantwortung 0623; Direktion Umwelt und Landschaft.....	25
8. Dringliche Interpellation Egli/Graber, SP Köniz betr. Belagswerk Weibel in Oberwangen - Vertrauen ist gut, unangemeldete Kontrollen aber sind viel besser	
Beantwortung 0627; Direktion Umwelt und Landschaft.....	25
9. Dringliche Motion CVP/EVP betr. Sanierung Alterswohnungen Hessgut, Liebefeld	
Beantwortung 0628; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	30
10. Interpellation CVP betr. Sperrung der Datenbekanntgabe an Private	
Beantwortung 0630; Direktion Sicherheit	34
11. Verschiedenes	34

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Ich begrüsse auch die anwesenden Gäste und hoffe, dass sie einer interessanten Parlamentssitzung folgen können.

Es freut mich zu sehen, dass der Gemeinderat wieder komplett vertreten ist. Gemeinderat Ueli Studer weilt wieder unter uns und befindet sich auf dem Weg der Genesung. Schön, dass du wieder unter uns bist.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 36 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Die Parlamentsmitglieder haben in einem Nachversand das Protokoll der Sitzung vom 12. Januar 2007, eine neue Traktandenliste mit dem neuen Traktandum 2.a, Kommission für soziale Fragen, Bericht Fristerstreckung, sowie den neuen Sitzplan und die Übersicht der unerledigten Vorstösse erhalten.

Während der letzten acht Parlamentssitzungen waren nicht vierzig, sondern eigentlich einundvierzig Personen anwesend. Wobei sich eine Persönlichkeit nie zu Wort melden konnte. Am 7. Februar 2007 war es soweit und Carla Berlinger kam zur Welt und tat ihre Anwesenheit sogleich mit einer feinen Stimme kund. Wir wünschen - in Abwesenheit - Annemarie und Carla Berlinger sowie ihrer Familie nur das Beste und einen guten Start zu fünft.

Anlässlich der Ratsfeier erhielt ich unzählige Tipps, wie Langrednerinnen oder Langredner in den Griff zu bekommen seien. Damit die Ermahnungen in Zukunft etwas leiser geschehen, werde ich jeweils die Thekenglocke betätigen, welche mir von der SP-Fraktion für diesen Zweck geschenkt wurde.

Traktandenliste

Elisabeth Rüeegsegger (SVP): Die SVP-Fraktion zieht das Traktandum 8, Motion SVP betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse, das von der Sitzung vom 12. Januar 2007 auf die heutige verschoben wurde, zurück. Wir werden, je nach dem, was mit der Petition des Ortsvereins Niederscherli vom 8. Februar 2007 geschieht, jedoch einen neuen Vorstoss lancieren.

Mit dieser Änderung wird die Traktandenliste genehmigt.

1. Protokolle

Die Protokolle der Sitzungen vom 18. Dezember 2006 und 12. Januar 2007 werden genehmigt.

2. Ersatzwahl Kommission für soziale Fragen

Der Parlamentspräsident: Für die aus dem Parlament zurückgetretene Barbara Mooser muss in der Kommission für soziale Fragen eine Nachfolge gewählt werden.

Herr Mark Stucki (FDP): Ich schlage Ihnen Peter Antenen als Mitglied der Kommission für soziale Fragen vor.

Der Parlamentspräsident erklärt Peter Antenen als gewählt, wünscht ihm einen guten Einstieg in die komplexe Materie und alles Gute im neuen Amt.

2.a Kommission für soziale Fragen

Bericht; Fristerstreckung

Herr Alfred Arm (SP; Präsident Kommission für soziale Fragen): Die wichtigen Argumente sind bereits im Ihnen vorliegenden Gesuch festgehalten. Im Herbst 2004 wurde das entsprechende Reglement verabschiedet, verbunden mit der Forderung, die neu geschaffene Kom-

mission habe nach zwei Jahren Bericht zu erstatten. Die Kommission für soziale Fragen (KSF) nahm ihre Arbeit anfangs 2005 auf. Ich stelle das Gesuch für die Fristerstreckung der Arbeitsbilanz der KSF bis Ende 2007 aus folgenden Gründen: Der Sozialbereich in der Direktion Bildung und Soziales (DBS) ist sehr gross und differenziert. Im ersten Jahr waren die Mitglieder der KSF vollauf damit beschäftigt, den komplexen Aufbau der diversen Abteilungen in der DBS zu verstehen, d.h. zu verstehen wie Lastenausgleich oder SKOS-Richtlinien funktionieren, usw. Im ersten Jahr fungierte Martin Graber als Präsident, dessen Amt ich anfangs 2006 übernahm. Im Jahr 2006 beschäftigten uns die Themen Alterspolitik, die Leitplanken der Sozialhilfe und der kantonale Lastenausgleich. Um die neue Kommission definieren zu können und zu beurteilen, wie genau sie funktionieren soll, benötigen wir noch ungefähr ein Jahr Zeit. Wir werden im Herbst 2007 eine Auswertung vornehmen und Ihnen Ende 2007 einen Bericht vorlegen.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Fristerstreckung der Arbeitsbilanz der Kommission für soziale Fragen (KSF) wird bis Ende 2007 gewährt.

Verschieden aus der Sitzung vom 12. Januar 2007

8. Motion SVP betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse

Beantwortung 0617; Direktion Planung und Verkehr

Dieses Geschäft wird gemäss Antrag der SVP-Fraktion - siehe Seite 20 - zurückgezogen.

3. Motion Ackermann (FDP) betr. Bekämpfung von Vandalismus

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0407; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Daniel Krebs (SVP): Wie wir alle den Medien entnehmen können, sind Sprayereien, Sachbeschädigungen und Kehrrichtentsorgung entlang den Strassen immer noch ein grosses Problem. Der Gemeinderat setzte sich in seiner Legislaturplanung zum Ziel, eine Verbesserung zu erreichen. Da noch nicht abschliessend erklärt werden kann, ob die eingeleiteten Massnahmen auch greifen, stellt uns der Gemeinderat ein Gesuch um Fristverlängerung. Es ist sicher im Interesse aller, nicht noch mehr Steuergelder für die Behebung der Schäden von Sprayereien und Littering auszugeben. In diesem Sinne stimmt die SVP-Fraktion der Fristverlängerung um zwei Jahre einstimmig zu.

Herr Hanspeter Kohler (FDP): Mit der Motion Ackermann wurde der Gemeinderat aufgefordert, Massnahmen - ich betone dieses Wort - zu ergreifen. Seien wir jedoch ehrlich, die Zwischenbilanz ist enttäuschend. Einzig entlang der Hauptverkehrsachsen sind Sprayereien tendenziell eher rückläufig; die anderen Sachbeschädigungen nehmen nicht ab. Das Littering hat sogar zugenommen. Es besteht weiterhin dringend Handlungsbedarf. Die Sachbeschädigungen sind beileibe keine Lausbubenstreiche, sondern Vergehen, die absolut keine Toleranz zulassen. Wir erwarten nun wirkliche Massnahmen. Schutzanstriche mögen Massnahmen sein, diese genügen jedoch nicht. Wir erwarten mehr und Konkretes wie z.B. vermehrte Patrouillen. Das Thema Videoüberwachung ist in unseren Augen wieder aufzugreifen. In der Begründung des Gesuches schreibt der Gemeinderat, dass im Moment weitere konkrete Massnahmen zur Bekämpfung von Vandalismus in Prüfung seien. Die beiden von mir genannten Beispiele könnten jedoch weiter konkretisiert werden. Auch soll das Gesuch um Verlängerung der Erfüllungsfrist mit der Tatsache zu tun haben, dass es sich beim Vandalismus um ein gesellschaftliches Problem handle. Praktisch alles kann schlussendlich auf ein gesellschaftliches Problem zurückgeführt werden, wie z.B. das Verkratzen von Autos am Freitagabend aus Frust über die vergangene Woche. So einfach ist es jedoch nicht. Wir dürfen uns nicht davon abhalten lassen, weitere Massnahmen zu ergreifen. Um so mehr ist Toleranz fehl am Platz und hartes Durchgreifen gefragt. Der Schutz von öffentlichem wie auch privatem Eigentum ist kein gesellschaftliches Phänomen, sondern gesellschaftliches Recht. Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt das Gesuch um Fristverlängerung und erhofft sich davon konkrete Massnahmen, mit welchen Verbesserungen erreicht werden. Wir sind gespannt auf die Pro-

jektstudie, die die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Bevölkerung in allen Bereichen der Sicherheit erfassen will und auf den nächsten Bericht in zwei Jahren.

Frau Liz Fischli (GB): Die GB/GFL-Fraktion stimmt der Erstreckung der Erfüllungsfrist der vorliegenden Motion zu. Massnahmen und Projekte, die mithelfen, Vandalenakte langfristig zu verhindern, sollen gestützt auf eine fundierte Grundlage getroffen werden. Es ist nur ein Teil der Arbeit - wenn auch ein unbestritten wichtiger - mit kurzfristigen Massnahmen auf Vandalenakte hin einzugreifen, Schäden zu beheben, öffentliche Gebäude und Plätze wieder intakt und einladend erscheinen zu lassen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Klare Grenzen für unerlaubtes Handeln sind wichtig. Es ist jedoch ein ebenso wichtiger Teil, Massnahmen und Projekte zu treffen, die darauf ausgelegt sind, präventiv und langfristig eine Verhaltenskultur aufzubauen und zu festigen, die Vandalenakte möglichst von der Bildfläche verschwinden lassen. Es braucht beides, sowohl pädagogisch präventive - meist langfristig wirkende - Massnahmen als auch Massnahmen und Projekte, die kurzfristig wirken. Ein Projekt möchte ich gerne erwähnen: Die "Berner Erklärung" von 2004, die vom Verein Region Bern (VRB) initiiert wurde, erreichte eine beachtliche Sensibilisierung gegenüber Gewalt und Diskriminierung im öffentlichen Raum. Die Fachstelle Prävention der Gemeinde Köniz beteiligte sich aktiv an diesem Projekt. Die Arbeit wird weitergehen. Die begonnene Sensibilisierung wird in Schulungskursen an Schulen und in der Jugendarbeit gezielt vertieft. Die "Berner Erklärung" ruft ins Bewusstsein, dass Strassen, Schulen und Plätze Lebensraum von uns allen sind, die wir teilen und mit aktiver Sorge bewahren wollen. Das können wir alle bereits jetzt vornehmen und so vielleicht mithelfen, damit der in zwei Jahren zu erwartende Bericht positiv ausfallen wird.

Herr Alfred Arm (SP): Ich bin froh darüber, dass Liz Fischli auf den präventiven Aspekt hingewiesen hat. Häufig wird vergessen, dass Vandalismus und Littering im öffentlichen Raum Krankheitszeichen sind. Über Vandalismus und Littering soll man sich nicht nur entsetzen und sich sonst keine Gedanken darüber machen. Viele Salontäter hinterlassen auf den Strassen keine Spuren, vielleicht jedoch nachhaltigere in anderen Bereichen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die Unterstützung der Fristerstreckung. Der Gemeinderat nimmt dieses Problem Ernst und hat es in die Prioritätenliste für die nächsten vier Jahre aufgenommen und - neben anderen wichtigen - als Legislaturziel gesetzt. Wichtig ist jedoch zu sehen, dass mit einer Politik der markigen Worte und mit Einmalmassnahmen relativ wenig bewirkt werden kann, vor allem nicht langfristig. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass hier nachhaltig und mit einem Bündel verschiedenster Massnahmen Einfluss auf dieses Phänomen genommen werden muss.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich danke den Votanten für ihre Worte. An meiner Haltung hat sich in den vergangenen zwei Jahren nichts geändert. Die immer wieder auftretenden Sprayereien und Beschädigungen ärgern mich enorm. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass wir den Vandalen mit einem harten und konsequenten Durchgreifen und entsprechenden Massnahmen begegnen müssen. Ich hoffe, dass wir Ihnen in zwei Jahren berichten können, dass weniger Geld für die Beseitigung von Beschädigungen und Abfall ausgegeben werden musste. Ich danke Ihnen für die Verlängerung der Erfüllungsfrist.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Frist für die Erfüllung der Motion Ackermann (FDP) betr. Bekämpfung von Vandalismus (0407) wird um zwei Jahre, d.h. bis am 16. August 2008 verlängert.

4. Motion Berlinger-Staub (SP) betr. Abstimmungs- und Wahlunterlagen für interessierte Ausländerinnen und Ausländer in der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0618; Direktion Sicherheit

Frau Rita Sidler (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Geschäftes und dessen rasche Umsetzung. Mit dieser Massnahme unterstützt die Gemeinde Köniz den Prozess der Integration nicht nur, weil sich Ausländerinnen und Ausländer über unsere politischen Geschäfte informieren können, sondern auch wegen der Wertschätzung,

welche ihnen dadurch entgegengebracht wird. Wir verstehen diese Massnahme als eine von vielen, die ineinandergreifen müssen, damit der Prozess der Integration systematisch in Gang gebracht wird. Wir verfolgen das Geschäft und andere Massnahmen weiter und werden wenn nötig weitere Vorstösse einreichen. Die SP-Fraktion stimmt deshalb der Umwandlung in ein Postulat und der gleichzeitigen Abschreibung zu.

Herr Daniel Oester (jfk): Wir unterstützen diese Massnahme, als kleinen aber wichtigen Mosaikstein für eine bessere Integration von Ausländerinnen und Ausländern selbstverständlich auch. Wir geben hier jedoch zur Kenntnis, dass der Versand von Papieren nicht die einzige Art von Kommunikation sein soll. Man könnte z.B. darüber nachdenken, die Abstimmungsunterlagen auf der Homepage der Gemeinde Köniz zu publizieren, damit sich Interessierte via dieses Medium informieren können. Damit würden Kosten gespart und der Papierverbrauch eingeschränkt. Zum Thema Eigenverantwortung: In unseren Augen genügt es, wenn infrage kommende Ausländerinnen und Ausländer einmal angefragt werden.

Herr Hermann Gysel (EVP): Auch die Mitte-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Es ist - wie für Daniel Oester - in meinen Augen auch ein kleiner Mosaikstein zur besseren Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Kürzlich hörte ich in einem Einbürgerungsgespräch, dass die Zustellung von Abstimmungsunterlagen vermisst wurde. Ich gestehe allerdings, dass solche Feststellungen eher die Ausnahme und die staatsbürgerlichen Kenntnisse oft nicht sehr berauschend sind. Mit der Zustellung von Abstimmungsunterlagen kann erreicht werden, dass Einbürgerungswillige verstehen, was in unserem Land wichtig ist. Damit ist die Integrationsarbeit jedoch längst nicht abgeschlossen. Integrationsarbeit bedeutet viel mehr, als nur mit dem Versand von Abstimmungs- und Wahlunterlagen über einen Anknüpfungspunkt mehr zu interessierten Ausländerinnen und Ausländern zu verfügen.

Frau Liz Fischli (GB): Die Fraktion der Grünen Köniz begrüsst es ebenfalls sehr, dass der Gemeinderat das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre nicht nur unbürokratisch und schnell prüfte, sondern sogar bereits mit der Umsetzung begonnen hat. Wir danken dafür sehr. In unseren Augen ist es sehr wichtig, dass sich Ausländerinnen und Ausländer vertiefter mit den politischen Geschehnissen in unserer Gemeinde auseinandersetzen können. Wie bereits erwähnt, braucht es Begegnungsorte, wo über politische Anliegen gesprochen werden kann. Das trägt zweifellos zu einer erfolgreicherer Integration bei. Wer sich mit den hiesigen Verhältnissen vertraut machen und die politischen Geschäfte mitdiskutieren kann, fühlt sich hier mehr Zuhause und ist vermehrt bereit, sich in seinem Umfeld nach Möglichkeit zu engagieren. Die GB/GFL-Fraktion sieht die Zusendung von Abstimmungs- und Wahlunterlagen als eine konstruktive und aktive Integrationsmassnahme der Gemeinde. Diese Möglichkeit hat die Gemeinde Köniz, auch wenn den Gemeinden im Kanton Bern weiterhin eine freiwillige Einführung des Stimm- und Wahlrechtes für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer gemäss dem Entscheid des Grossen Rates anlässlich der letzten Session verwehrt bleibt. Die Gemeinde Köniz soll durch eine selbstständige und attraktive Integrationspolitik auffallen und diese weiterverfolgen. Das ist um so wichtiger und unverzichtbar, als der erwünschte Zuwachs der Wohnbevölkerung vor allem der ausländischen zu verdanken ist.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke, dass Sie diesen Mosaikstein für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern so positiv aufgenommen haben. Wir werden in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 die infrage kommenden Personen anschreiben, damit sie ab September die Abstimmungs- und Wahlunterlagen erhalten. Daniel Oester, ich kann dich beruhigen, die infrage kommenden Personen werden jeweils einmal angeschrieben und nicht mehr.

Einstimmig (Postulat) und grossmehrheitlich (Abschreibung) fasst das Parlament folgenden
Beschluss

Die Motion Berlinger-Staub (SP). betr. Abstimmungs- und Wahlunterlagen für interessierte Ausländerinnen und Ausländer in der Gemeinde Köniz (0618) wird als Postulat erheblich erklärt und abgeschrieben.

5. Interpellation jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Bevölkerungszufriedenheit mit Gemeindedienstleistungen

Beantwortung 0620; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich stelle Antrag für Diskussion

Der Parlamentspräsident: Da mehr als 10 Mitglieder der Diskussion zustimmen, wird sie gewährt.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke für die Zustimmung zur Diskussion. Wir sind mit der Richtung der Beantwortung unserer Interpellation zufrieden und erklären uns von der Beantwortung der Interpellation teilweise befriedigt. Uns enttäuschte die Qualität und die Aussagekraft der Antworten jedoch etwas. Deshalb stelle ich einige Folge- respektive Präzisierungsfragen zu den Antworten des Gemeinderates.

Der Parlamentspräsident: Gemäss Geschäftsordnung des Parlamentes Art. 59 Abs. 3 dürfen keine Folgefragen gestellt werden.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich werde mich daran halten. Der Gemeinderat hat in unseren Augen die Frage im ersten Punkt nicht beantwortet. Ich gebe dazu folgende Stellungnahme der Jungfreisinnigen ab: Wir entnehmen den Zahlen, dass bei der Onlinenachfrage ein sehr grosses Bedürfnis besteht. Aus diesem Grund erwarten wir einen Ausbau des Angebotes. Die Frage im zweiten Punkt wurde aus unserer Sicht gar nicht beantwortet. Wir stellten die Frage, ob der Gemeinderat Verbesserungsmöglichkeiten bei der Dienstleistungsfreundlichkeit sieht, die mit einem einfachen Ja oder Nein hätte beantwortet werden können. Die Antwort auf den zweiten Punkt behandelt jedoch das Thema Kommunikation. Da der Gemeinderat diese Frage jedoch beantwortet hat, gehen wir davon aus, dass noch Verbesserungsmöglichkeiten vorhanden sind. Im dritten Punkt fragten wir nach Optimierungsmöglichkeiten. Der Gemeinderat erwähnt dazu, dass er solche sieht. Wenn Optimierungsmöglichkeiten vorhanden sind, könnten diese dem Parlament vorgestellt und zur Verfügung gestellt werden. Die Interpellation wurde von 29 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet. Mit der Beantwortung des vierten Punktes erklären wir uns zum Teil befriedigt. Wir vermissen lediglich eine Terminierung und die Benennung des oder der Verantwortlichen. Die Antwort zu unserem fünften Punkt ist in unseren Augen zu dürftig. Wenn erklärt wird, man verfolge die künftige Entwicklung, ist dies in unseren Augen keine Beurteilung. Wir erhoffen uns inskünftig eine klarere Beantwortung der Interpellationsfragen. Mit konkreten Vorstössen werden wir in diesem Bereich weiter vorgehen, denn in der Bevölkerung ist ein grosses Bedürfnis vorhanden.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich schliesse mich den Worten von Bernhard Bichsel an und konkretisiere zugleich unsere Wünsche: Wir hätten gerne beantwortet gehabt, ob z.B. die Schalteröffnungszeiten verlängert oder verkürzt werden. Oder ob noch mehr Dienstleistungen aufs Internet verlagert werden, damit das Gemeindepersonal nicht länger arbeiten muss. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Köniz ein Dauerauftrag ist, den es permanent zu verbessern gilt. Wir versuchten bei der Beantwortung des ersten Punktes mit sachlichen Elementen darzulegen, wie häufig unsere Homepage abgerufen wird. In unseren Augen findet sie guten Anklang. Wir sind nichtsdestotrotz daran, sie laufend zu verbessern. Auch in Bezug auf die Schalteröffnungszeiten sind Aussagen enthalten, die auf ein gutes Feedback der Bevölkerung schliessen lassen. Im Bereich der Kundenzufriedenheit und der Bedürfnisse der Bevölkerung müssen wir jedoch laufend am Ball bleiben und überlegen, ob Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Zum dritten Punkt kann ich einige Ergänzungen anmerken. Es geht hier darum, im Onlineangebot die Auffindbarkeit der Inhalte zu verbessern, sie sichtbarer zu machen und die Navigation zu verbessern. Insgesamt müssen wir auf ein flexibles Homepagesystem achten, um unser Onlineangebot und unsere Inhalte der Homepage unabhängiger von der Betreuungsfirma à jour zu bringen und zu verändern. Ihnen muss jedoch bewusst sein, dass unsere Homepage angesichts der immer noch prekären Finanzlage nicht mit einem Portal verglichen werden kann, das in Bezug auf die Benutzerfreundlichkeit mit Beträgen in Millionenhöhe ausgebaut wurde. Zu den Schalteröffnungszeiten kann ich lediglich erklären, dass wir diese Frage überdenken. Wir nehmen ihren Hinweis Ernst. Ich denke, dass

wir im Verlaufe des Jahres 2007 eine Überprüfung durchführen können. Diese wird durch die Gemeindekanzlei vorgenommen und dann zu Fragen führen, ob die Schalter während der Mittagszeit oder zu Randzeiten geöffnet werden sollen. Wenn wir dereinst genau wissen, was wir in Bezug der Schalteröffnungszeiten oder des Onlineangebotes vornehmen, werden wir Ihnen dies sicher im Detail mitteilen. Ich halte fest, dass die Kundenfreundlichkeit und die Dienstleistungsbereitschaft unserer Verwaltung für den Gemeinderat eines der obersten Ziele sind und er diese als Dauerauftrag immer verfolgt.

Die Interpellanten erklären sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

6. Interpellation SP betr. Erweiterung der Tempo 30 Zone im Zentrum Köniz

Beantwortung 0622; Direktion Planung und Verkehr

Herr Christoph Salzmann (SP): In den Augen der SP-Fraktion ist die Tempo-30-Zone im Zentrum von Köniz eine gute Sache. Ich war deshalb beim Einreichen der vorliegenden Interpellation voller Hoffnungen und Erwartungen. Nun erhielt ich mit der Beantwortung der Interpellation durch den Gemeinderat einen gewaltigen Dämpfer. Das und jenes müsse berücksichtigt werden und es mache nur Sinn, wenn... usw., ist der gemeinderätlichen Antwort zu entnehmen. Die - zwar ausführliche - Antwort des Gemeinderates lehrt mich, nicht zu viel Hoffnung und Erwartung in eine Interpellation zu stecken. Trotzdem, in zwei Punkten blieb mir der Gemeinderat etwas unklar. Nimmt er die Detailanalyse mit Verkehrssimulationen in Richtung der Restaurants Sternen und Traube oder in Richtung Otto's Warenposten vor oder nicht? In seiner Antwort schreibt er lediglich, sie wäre erforderlich, damit die Zweckmässigkeit beurteilt werden könne. Will er nun die Schulwegsicherung beim Kindergarten an der Stapfenstrasse oder nicht? Auch hier schreibt er nur, dass weitere Massnahmen nötig seien. Ich werde diese beiden Punkte im Auge behalten und mich allenfalls wieder hier im Parlament melden. Für den Ausdruck unserer Zufriedenheit auf Interpellationsantworten durch den Gemeinderat steht uns eine dreistufige Skala zur Verfügung. Der Gemeinderat beantwortete die gestellten Fragen ausführlich und für mich nachvollziehbar. Mit Ausnahme der von mir erwähnten Details erkläre ich mich von der Antwort fast befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

7. Interpellation SP betr. Teeraufbereitung im Wangental - Salamtaktik die zum Himmel stinkt

Beantwortung 0623; Direktion Umwelt und Landschaft

Herr Martin Graber (SP): Ich erkläre mich von der Interpellationsantwort befriedigt. Die Antworten zu den einzelnen Punkten befriedigen mich jedoch nur zum Teil. Die SP-Fraktion wird zu Traktandum 8 Diskussion verlangen und dort auf einige Aspekte eingehen. Auch dazu, dass der Firma Weibel scheinbar keine Verzögerungstaktik vorzuwerfen sei. Diese Verzögerungstaktik ist jedoch aus unserer Sicht Tatsache.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

8. Dringliche Interpellation Egli/Graber, SP Köniz, betr. Belagswerk Weibel in Oberwangen - Vertrauen ist gut, unangemeldete Kontrollen aber sind viel besser

Beantwortung 0627; Direktion Umwelt und Landschaft

Frau Claudia Egli (SP): Ich verlange Diskussion

Der Parlamentspräsident: Da mehr als 10 Mitglieder der Diskussion zustimmen, wird sie gewährt.

Frau Claudia Egli (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Antwort auf unsere vielen Fragen und wir erklären uns teilweise befriedigt. Wir können der Antwort entnehmen, dass in Oberwangen Messstationen für die Kontrolle der Emissionen aufgestellt werden. Das ist gut, denn bis anhin wurden die Werte in Niederwangen geprüft. Zum Punkt der unange-

meldeten Kontrolle von Emissionswerten direkt beim Werk möchten wir dem Gemeinderat ans Herz legen, diese in Absprache mit dem Kanton vorzunehmen. Denn der Kanton kann infolge der bevorstehenden Sanierung der Autobahn melden, wann das Werk auf Hochtouren laufen wird. Wenn die Anlage aufgrund von Einsprachen noch nicht saniert werden kann, geniesse das ganze Werk infolge altrechtlicher Bauten über eine Bestandesgarantie und der Betrieb könne nicht eingestellt werden. Was geschieht aber, wenn hier tatsächlich Emissionsüberschreitungen gemessen werden? Besteht die Möglichkeit, dem Werk bei Überschreitungen die Produktion zu verbieten?

Die Firma muss nun in diese Richtung Druck spüren, sonst hat sie gar kein Interesse daran, etwas zu verändern. Uns ist auch wichtig, dass das Verbrennen von Schweröl - das im Ausland aus gesundheitlichen Gründen verboten ist - ein Punkt ist, der wirklich geändert werden könnte. Die Gemeinde soll hier Signale setzen, damit die Bevölkerung merkt, dass die Probleme erkannt sind. Eile tut auch Not, denn seit der Abstimmung im Jahr 2000 ist bereits wieder viel Zeit verstrichen und viel produziert worden. Wenn mir der Arzt erklärt, ein von mir eingenommenes Medikament müsse abgesetzt werden, weil es Schäden verursache, warte ich nicht fünf oder sechs Jahre mit dessen Absetzung. Die Sanierung der Anlage ist in unseren Augen wirklich dringend. Der Umweltverträglichkeitsbericht hätte am 31. Januar 2007 vorliegen müssen, wird sich jedoch um einen Monat verzögern. Ich weiss, dass bei Interpellationsantworten keine Fragen gestellt werden dürfen; nichtsdestotrotz: Können wir das Baugesuch schon bald erwarten? Punkt 9 des Verfahrensprogrammes ist zu entnehmen, die Einhaltung des Zeitplanes setze voraus, dass die eingereichten Unterlagen vollständig und richtig sein müssen, keine Projektänderungen zu gewärtigen seien, der vorgesehene Verfahrensablauf auch sonst keine Änderung erfahre, keine Fristen erstreckt werden müssen und bei der Leitbehörde keine Kapazitätsengpässe entstehen. Wenn all dies eingehalten wird und keine Einsprachen eingereicht werden, entsteht bei der Bevölkerung das Gefühl, das Ganze gehe nun schneller vorwärts. Um jedoch keine Einsprachen einzureichen, müssten die Anwohnenden beide Augen und die Hühneraugen gleich mit schliessen. Vielleicht will die Bevölkerung jedoch, dass etwas geändert wird und will sich dazu noch äussern. Wollen sich die Anwohnenden noch äussern und einsprechen, ist es wichtig, ihnen zu erklären, dass sie nicht schuld an Verzögerungen sind. Zum Schluss: In der Bevölkerung ist das Gefühl vorhanden, die Firma Weibel sei ein guter Steuerzahler in unserer Gemeinde. Das Büro der Firma Weibel befindet sich jedoch auf Berner Boden.

Herr Martin Graber (SP): Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt. Die Firma Weibel wird - wie dem Anzeiger zu entnehmen ist - an 100 Tagen während der Ruhezeiten, d.h. ab 05.00 Uhr morgens und abends bis 22.00 Uhr, ihr stinkendes und lärmendes Belagswerk weiter betreiben. Dieser Betrieb läuft unter dem Begriff "Ausnahmebewilligung". Für die Bevölkerung von Oberwangen und dem Wangental bedeutet dies, dass während der Produktionszeiten im Frühling, Sommer und Herbst an jedem zweiten Werktag während der Ruhezeiten gestunken und gelärmt werden kann. Vielleicht muss diese Ausnahmebewilligung eher als Regelbewilligung bezeichnet werden. Wir haben in der Interpellation nach der Art der Kontrolle für die Einhaltung der Ruhezeiten gefragt. Wir sind froh und begrüssen es, dass die Firma Weibel in diesem Jahr der Gemeinde vorgängig per E-Mail Arbeiten ausserhalb der Ruhezeiten ankünden muss. Wichtig ist, dass die angekündigten stichprobenartigen Kontrollen durch die Polizei wirklich häufig durchgeführt werden und allfälligen Hinweisen aus der Bevölkerung nachgegangen wird. Die Anwohnenden glauben aufgrund ihrer jahrelangen schlechten Erfahrungen mit dem Werk nicht mehr daran, dass sich die Firma Weibel an die Auflagen halten wird. Für Arbeiten während der Nacht müssen die Anwohnenden vorgängig informiert werden. Dies war bereits bis anhin der Fall. An der Veranstaltung in Oberwangen, wo Vertreter der Gemeinde aber auch der Firma Weibel teilgenommen haben, sah man den Gemeindevertretern das Erstaunen gut an, als die Firma Weibel erklärte, sie informiere jeweils die Anwohnenden, d.h. zwei Parteien. Deshalb meine Frage: Wie viele Parteien müssen in diesem Jahr durch die Firma Weibel informiert werden?

Zur bevorstehenden Sanierung der A12: Wir befürchten, dass sich die Situation verschärfen wird. Das Belagswerk habe eine Produktionskapazität von maximal 2'000 Tonnen/Tag. Auf der Homepage der Firma Weibel ist von 160 Tonnen pro Stunde die Rede, d.h. in den 100 Tagen Produktion mit Ausnahmebewilligung wären somit weitaus mehr als 2'000 Tonnen/Tag

möglich. Weiter werden gemäss der Antwort des Gemeinderates durchschnittlich 60'000 Tonnen/Jahr produziert, mehr könne das Belagswerk nicht produzieren. Diese Aussage erstaunt doch ziemlich, denn teilt man 60'000 Tonnen durch 2'000, sind 30 Tage mit Ausnahmebewilligung notwendig und nicht 100, wie von der Firma Weibel verlangt. Der Ausbau der A12 könnte zu einer massiv grösseren Produktion führen und damit zu mehr Lärm und Schmutz. Deshalb begrüssen wir die SO₂-Immissionsmessungen, welche als Indikator für die Beurteilung der Schwerölfeuerung für die Asphaltaufbereitungsanlage benutzt werden können. "Die unendliche Geschichte" - der Titel eines Buches von Michael Ende - könnte ebenso gut der Titel für die Sanierung des Belagswerkes sein. Tatsache ist, dass dieses Belagswerk bereits saniert sein müsste und die Firma Weibel die Sanierung mit dem entsprechenden Willen hätte durchführen können. Da die Firma jedoch über eine Bestandesgarantie verfügt, produziert das Werk neben Bitumen weiterhin Lärm, Gestank usw. Wir befürchten, dass das Belagswerk auch im nächsten Winter noch nicht saniert sein wird. Leider geht die unsägliche Salamitaktik für die Firma Weibel im Moment auf. Wir hoffen deshalb, dass die Gemeinde diesem Treiben endlich einen Riegel schieben kann. Für den Verkauf von Lebensmitteln muss diesen in der Schweiz ein Verbrauchsdatum aufgedruckt werden. Die feine Wurst von Hans Moser - die ich im Überbringen sehr empfehlen kann - wird, wenn ich sie für 3 Jahre im Keller lagere, dann wahrscheinlich nicht mehr so gut riechen. Für das Belagswerk in Oberwangen ist das Datum für die Sanierung längst abgelaufen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Im Wangental ist seit längerem eine unglückliche Entwicklung im Gang. Weil das Tal stark belastet ist, ist das Land dementsprechend günstig. Weil das Land günstig ist, werden viele Wohnungen erstellt. Somit sind Konflikte zwischen Bewohnern und Emissionsverursachern programmiert. Einer der grössten Verursacher von Belastungen ist die A12. Diese wird nun saniert. Obwohl sich die Gemeinde und der Kanton dafür eingesetzt haben, einen lärmarmen Belag einzubauen, lehnte der Bund dies ab. Mit dem Einbau eines lärmarmen Belages wäre die Lärmbelastung der Autobahn deutlich kleiner geworden.

In der vorliegenden Interpellation ist von einem anderen Verursacher von Lärm und Gestank die Rede. Wie Martin Graber erwähnte, ist diese Geschichte bereits unendlich. Die Anwohnenden kämpfen seit 20 Jahren für die Sanierung des Belagswerkes der Firma Weibel. Sechseinhalb Jahre nach der Abstimmung ist noch immer nichts passiert. Der Spruch, "Gottes Mühlen mahlen langsam" könnte hier in "des Verfahrens Mühlen mahlen langsam" geändert werden. Dass dieses Verfahren so lange dauert, ist jedoch nicht gottgegeben. Man handelt sich von Ausnahmebewilligung zu Ausnahmebewilligung. An 100 Tagen morgens früh und abends spät, an 70 Tagen während der Mittagszeit und viermal während der Nacht sind Ausnahmen bewilligt. Teerbeläge können nur an warmen, trockenen Tagen eingearbeitet werden, d.h. wenn Grillabende stattfinden oder das Mittagessen draussen eingenommen werden kann. Genau dann stinkt und lärmt es im Wangental. Ich verstehe den Frust der Anwohnenden sehr gut. Ich hoffe, dass in Zukunft nicht nur zwei Parteien informiert werden, wenn während der Nacht produziert wird, sondern deutlich mehr. Mein Vorschlag: Es sollen nicht - wie vorgeschlagen - lediglich Stichproben vorgenommen werden, sondern die Lärmüberwachung soll permanent stattfinden. Das gibt Rechtssicherheit für die Anwohnenden und auch für das Belagswerk, denn bei allfälligen Klagen können diese Aufzeichnungen herangezogen werden. Das gibt - so hoffe ich - der Firma Weibel den notwendigen Druck, die Sanierung im nächsten Winter zu realisieren.

Herr Christian Balz (FDP): Der FDP/jfk-Fraktion stinkt es auch, wenn es im Wangental zum Himmel stinkt. Wir haben volles Verständnis für die Situation, unter welcher die Einwohnenden im Wangental - vor allem in Oberwangen - leiden müssen. Wir möchten ebenso nicht länger auf eine für alle befriedigende Lösung warten und noch länger Luftverschmutzung und Geruchsemissionen erdulden müssen. Uns scheint es wichtig, dass die Firma Weibel AG die Einhausung des Belagswerkes nun so rasch als möglich realisieren kann. Gemäss einem Artikel in der Zeitung "Bund" ist der Umweltverträglichkeitsbericht vorhanden. Somit kann die Firma Weibel ihr Baugesuch wie vorgesehen im Frühling 2007 einreichen und damit die Einhausung des Belagswerkes bis zum Frühling 2008 realisieren. Aus diesem Grund sollen der Firma Weibel nicht noch mehr Steine in den Weg gelegt werden, die den Unmut der Geschäftsleitung schüren und noch weitere Verzögerungen nach sich ziehen könnten.

Herr Marco Streiff (EVP): Es stinkt nicht nur zum Himmel, sondern bis nach Köniz. Auch die

CVP/EVP-Fraktion ist sich der Problematik bewusst. Besonders ich als Einwohner von Oberwangen bin von der Situation direkt betroffen und verfolge dieses Spiel, das seit Jahren im Gang ist. Viel Neues konnte der Interpellationsantwort nicht entnommen werden. Bei vielen Betroffenen löst das Thema Ohnmachtsgefühle aus. Man weiss nicht genau, was man unternehmen oder wie man sich wehren soll. Man fühlt sich von der Geschäftsführung der Firma Weibel etwas belächelt. Ich denke, es geht dem Gemeinderat ebenso, wenn er die Bestandesgarantie erwähnen muss. Dass ein solches Unternehmen überhaupt eine Bestandesgarantie hat, ist in meinen Augen schade. Dass sich der Gemeinderat für die Anliegen der Einwohnenden von Oberwangen einsetzt, ist von uns aus gesehen richtig. Wichtig ist aber auch, dass der Einsatz vonseiten des Gemeinderates oder der Gemeindeverwaltung richtig kommuniziert wird. Es genügt nicht, ab und zu Informationsveranstaltungen abzuhalten, sondern den Betroffenen soll bewusst sein, dass intensiv an der Lösung der Probleme gearbeitet wird. Ein Schritt in die richtige Richtung sind unangemeldete Kontrollen. Wir unterstützen dieses Vorgehen. Ob diese Kontrollen dann effektiv etwas bringen werden, ist noch nicht bekannt. Wir hoffen auch, dass mit der Einhausung des Belagswerkes die meisten Probleme gelöst werden können. Wir hoffen noch mehr, dass die Firma Hans Weibel AG ihre Versprechen halten wird und sofort nach der Baubewilligung mit der Einhausung des Belagswerkes beginnt.

Herr Markus Stähli (SVP): Wir Strassen- und Tiefbauer sind keine "böse Buben", das muss an dieser Stelle gesagt sein. Die Ausnahmegewilligungen während der Ruhezeiten sind notwendig, damit wir das für uns nötige Material dann bestellen können, wenn es die Bauherrschaft verlangt. Strassenbeläge müssen auf Befehl der Bauherrschaft vielerorts über die Wochenenden und während der Ruhezeiten eingebaut werden. Kein Baunternehmen hat ein Interesse daran, diese Arbeiten ausserhalb der normalen Arbeitszeiten auszuführen, denn das kommt die Firmen viel teurer zu stehen.

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Gemeinderätin Marianne Streiff wird sich aller Anliegen rund um das Ortspolizeireglement widmen und ich beantworte die Fragen betreffend Umweltrecht, Luft und Lärm. Zuerst möchte ich betonen, dass nur ein saniertes Belagswerk für alle Betroffenen und Beteiligten das beste ist. Deshalb ist unser wichtigstes Anliegen, dass die Sanierung - die Einhausung - so rasch als möglich realisiert wird. Nur dann haben wir weniger Lärm- und Geruchsemissionen. Mit Messungen allein wird keine Änderung der Situation erreicht. Ich verstehe gut, dass bei den Betroffenen ein gewisses Ohnmachtsgefühl vorhanden ist. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass das laufende Baubewilligungsverfahren möglichst schnell und gut verläuft, damit die Einhausung so rasch als möglich realisiert werden kann. Das laufende Baubewilligungsverfahren ist ein Verfahren, mit welchem Umweltgesetze, d.h. Grenzwerte im Bereich von Lärm und Luft überprüft werden müssen. Wenn im Umweltverträglichkeitsbericht gewisse Sachen nicht sicher sind, wenn beschriebene Massnahmen nicht klar sind, kann die Baubehörde Auflagen verlangen. Das ganze Verfahrensprogramm - das Ihren Unterlagen beiliegt - ist robust und wir befinden uns mittendrin. Neu ist, dass wir eine Verzögerung erhalten: Der Kanton wollte bis Ende Januar eine Gesamtbeurteilung über den Umweltverträglichkeitsbericht vornehmen. Es sind jedoch noch weitere Abklärungen notwendig, d.h. die Firma Weibel AG muss Informationen nachliefern und hat dafür einen Monat Zeit erhalten. Bis Ende Februar müssen diese Informationen dem Kanton vorliegen, damit das Verfahren weitergehen kann.

Zum gesundheitlichen Aspekt: Die bisherigen Luftemissionskontrollen haben keine Überschreitungen der Grenzwerte aufgezeigt. Die Luftimmissionskontrollen wurden bis jetzt in Niederwangen vorgenommen. Immissionskontrollen der Luft finden neu an drei weiteren Stationen in Oberwangen statt. Gemessen werden NO₂ (Stickoxid), Staub und Schwefeldioxid. Schwefeldioxid ist ein brennstoffgebundener Schadstoff. Wenn das Belagswerk mit Schweröl feuert, entsteht Schwefeldioxid. Schwefeldioxid ist immissionsseitig der einzige geeignete Schadstoff, mit welchem ein direkter Zusammenhang mit dem Belagswerk nachgewiesen werden kann. Die anderen Luftschadstoffe werden auch durch den Verkehr auf der A12 emittiert. Heute, am 12. Februar 2007, beginnen wir mit Luftemissionskontrollen an drei Standorten in Oberwangen. Eine Station befindet sich an der Wangentalstrasse 207, eine an der Wangenhübelstrasse 32 - direkt neben dem Belagswerk - und eine Referenzstation am Turmholzweg 32. Wir werden die Messungen bis Juli 2007 vornehmen. Gerüche können wohl ermittelt

werden, da jedoch keine Grenzwerte vorhanden sind, sind Vergleiche nicht möglich. Dieser Umstand ist im Zusammenhang mit den Geruchsemissionen des Belagswerkes lästig. Die Luftimmissionsgrenzwerte sind in der Schweiz im internationalen Vergleich tief angesetzt. Werden die Grenzwerte nicht dauernd überschritten, muss nicht mit gesundheitlichen Gefährdungen gerechnet werden. Im Wangental sind weder bei den NO₂- noch bei den SO₂- noch bei den Staubimmissionen dauernde Überschreitungen zu verzeichnen. Das heisst jedoch nicht, dass Gerüche nicht ausserordentlich lästig sind. Lärmmessungen zeitigten vor allem während der Nacht zeitweise Grenzwertüberschreitungen. Das ist auch der Grund dafür, dass das Belagswerk auf der einen Seite saniert werden muss.

Ich komme zu den Bemerkungen der Votanten: Diese haben nicht immer zwischen Luft und Lärm unterschieden. Die Emissionsmessungen der Luft werden wir während der Produktionszeit vornehmen, sonst machen solche Messungen keinen Sinn. Die Emissionsmessungen werden im Kamin selber vorgenommen und diese können nur bei Vollbetrieb gemacht werden. Ein Grenzwertvergleich ist nur dann möglich, wenn die Anlage mit Volllast fährt. Bis anhin wurden bei Emissionsmessungen keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt. Es wurde auf die Belastung durch Schweröl hingewiesen. Wir können der Firma Weibel dessen Einsatz jedoch nicht verbieten und auch hier sind bis jetzt keine Grenzwertüberschreitungen zu verzeichnen. Wir nehmen an, dass es sich hier um ein Geruchsproblem handelt. Dieser Umstand muss mit der Sanierung des Belagswerkes genau abgeklärt werden. Geruchsprobleme können im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren ermittelt und allenfalls Auflagen gemacht werden. Im Moment sind solche Auflagen jedoch nicht möglich, denn wir müssen uns im Rechtsrahmen bewegen. Das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren muss die Firma Weibel AG vor allem infolge der Änderung ihres Betriebes vornehmen. Dies weil sie in Zukunft viel mehr Recyclingmaterial benützen will. Wie bereits erklärt, besteht eine Bestandesgarantie. Bei Überschreitung des Lärmgrenzwertes bestünde die Möglichkeit, umweltrechtlich vorzugehen. Die Zahl von 2'000 Tonnen/Tag wurde genannt. Diese Menge betrifft jedoch nur die Produktion während der Ruhezeiten und deshalb ist die gemachte Hochrechnung nicht richtig.

Das vorgeschlagene Lärmmonitoring werden wir abklären. Zum Schluss gebe ich bekannt, dass wir uns im Rahmen des geltenden Rechts bewegen. Wir wollen für die Sanierung des Belagswerkes Druck machen und setzen alles daran, dass die Baubewilligung im Verlaufe des Sommers 2007 vorliegt, damit die Sanierung während der produktionslosen Zeit im Herbst/Winter 2007/2008 realisiert werden kann. Der Gemeinderat will die Sanierung des Belagswerkes wie alle Betroffenen auch und dies so schnell als möglich, denn der heutige Zustand kann nicht auf Dauer sein.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Zu den Ausnahmegewilligungen: Wenn die Firma Weibel AG Ausnahmegewilligungen benötigt, ist es nicht so, dass sie von 05.00 Uhr morgens bis 22.00 Uhr produzieren will. Wie Markus Stähli vorhin erwähnte, müssen Belagswerke dann produzieren und liefern können, wenn der Belag benötigt wird. Das ist oft während Randzeiten nötig, die im Ortspolizeireglement als Ruhezeiten ausgewiesen sind. Eine weitere Einschränkung von Ausnahmegewilligungen ist nicht möglich, da die Firma Weibel über eine Bestandesgarantie verfügt. Deshalb müssen die Ausnahmegewilligungen im selben Ausmass wie in den vergangenen Jahren ausgestellt werden.

Zur angesprochenen Information der Anwohnenden: Wir waren sehr überrascht über den Umstand, dass Herr Steiner der Firma Weibel AG die Informationspflicht in einem so engen Rahmen auslegt und bis anhin jeweils gerade zwei Anwohnende informierte. Wir haben ihm nun eine Liste von rund 20 Anwohnenden abgegeben, die jeweils bei Produktion während der Nacht informiert werden müssen. Die Betroffenen haben alle einen Brief mit den entsprechenden Informationen erhalten. Wir hoffen im Interesse aller - das sage ich als eine direkt Betroffene -, dass die Baubewilligung in diesem Jahr erfolgt, damit die Einhausung im nächsten Winter realisiert werden kann.

Die Interpellanten erklären sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

9. Dringliche Motion CVP/EVP betr. Sanierung Alterswohnungen Hessgut, Liebefeld

Beantwortung 0628; Direktion Präsidiales und Finanzen

Der Parlamentspräsident: Ich als Erstunterzeichner dieser Motion gebe das Wort gerne an Valentin Lagger weiter. Dies nicht, weil es durch das Geschäftsreglements vorgeschrieben ist, sondern weil ich mich auf die Sitzungsleitung konzentrieren möchte.

Herr Valentin Lagger (CVP): Die Geschichte der Sanierung ist den meisten von Ihnen bekannt. Vor einem Jahr bewilligten wir einen Kredit von rund 3,5 Millionen Franken aufgrund eines damals vorliegenden Projektes. Dieses sah eine Bruttorendite von 6 Prozent vor und beabsichtigte die Schaffung von günstigem Wohnraum für das Alter. Vonseiten des Gemeinderates wurde argumentiert, das Parlament habe einen klaren Auftrag erteilt, der mit dem heute vorliegenden Projekt immer noch übereinstimme. Diese Sichtweise kann ich nicht bestätigen. Deshalb bitte ich Sie, die Motion erheblich zu erklären. Dies aus folgenden Gründen:

Es stellt sich insbesondere die Frage, ob es sich hier um eine wesentliche Änderung zwischen dem vor einem Jahr verabschiedeten und dem neu vorliegenden Projekt handelt. Professor Aldo Zaugg hält in seinem Standardwerk zum bernischen Baugesetz Folgendes fest: "Ein Bauvorhaben ist in den Grundzügen verändert, wenn ein Hauptmerkmal wie Erschliessung, Standort, äussere Masse, Geschosszahl, Geschosseinteilung, Zweckbestimmung wesentlich verändert wird." Vorliegend sind aus meiner Sicht klar die äusseren Masse verändert. Die Dienstbarkeitslinie verringert den Umfang des Attikageschosses. Aber auch die Geschosseinteilung - drei statt vier Attikawohnungen - und letztlich die Zweckbestimmung wurden verändert. Ob mit drei statt vier Attikawohnungen das Ziel von günstigem Wohnraum mit einer Bruttorendite von 6 Prozent immer noch erreicht werden kann, wurde bis anhin nicht nachgewiesen. Das Parlament übt die Aufsicht über die Verwaltung und hat somit die Aufgabe, für die volle Transparenz bei der Aufgabenerfüllung zu sorgen. Vorliegend fehlt uns die notwendige Transparenz. Obwohl der GPK bereits im August 2006 versprochen wurde, die Zahlen bezüglich Projektänderung zu liefern, liegen diese bis zum heutigen Zeitpunkt - jedenfalls nicht in schriftlicher Art - vor. Deshalb spreche ich heute nicht über Zahlen. Den Auftrag der GPK, zu prüfen, ob ein neuer Parlamentsbeschluss notwendig ist, erfüllte der Gemeinderat nicht. Deshalb und weil es sich um eine wesentliche Änderung am Projekt handelt, fordert die CVP/EVP-Fraktion diese Transparenz mit dem heute vorliegenden Vorstoss. Zusammenfassend erkläre ich, dass der Gemeinderat verpflichtet ist, dem Parlament diese Transparenz zu gewähren, ein korrektes Projekt zum Beschluss vorzulegen, so umzusetzen wie beschlossen und absegnen zu lassen, dass bei einem allfälligen Rechtsweg möglichst wenig Risiken bestehen. Vor Gericht macht es keinen guten Eindruck, wenn anfangs der Debatte eingeräumt werden muss, dass das Parlament bei seiner Entscheidungsfindung wahrscheinlich von nicht ganz richtigen Voraussetzungen ausging. Noch dies: Auch beim Areal Dreispitz musste - wahrscheinlich zu Recht - eine neue Volksabstimmung abgehalten werden, weil das Land nicht wie vorgesehen im Baurecht, sondern im Verkauf abgegeben wurde. Es ist deshalb aus meiner Sicht logisch, dass auch für die Sanierung der Alterswohnungen Hessgut ein neuer Entscheid gefällt werden muss. Ich bitte Sie um Unterstützung der Motion, mit welcher Sie einen korrekten und auf den neuen Rahmenbedingungen aufbauenden demokratisch legitimierten Entscheid ermöglichen.

Herr Urs Maibach (GB): Die eine Seite des Geschäftes ist die politische. Dem Parlament wurde ein Kreditantrag für ein Bauprojekt vorgelegt, bei welchem wir davon ausgingen, dass die baurechtlichen Vorgaben in Ordnung sind. Uns wurde eine Rendite angegeben, die unter den vorgegebenen Bedingungen erreicht werden sollte. Aufgrund der Problematik der bestehenden - jedoch anscheinend vergessenen - Dienstbarkeiten, musste das Projekt jedoch abgeändert werden. Ausführliche Informationen über die genauen Änderungen und welche Konsequenzen sie haben - auch finanziell - liegen bis heute nicht vor. Vieles ist somit noch offen. So kann und möchte ich nicht hinter dem Projekt stehen und deshalb fordere ich, dass der Gemeinderat vollumfänglich informiert und wenn nötig, das Geschäft dem Parlament nochmals vorlegt.

Die andere Seite des Geschäftes ist die rechtliche. Bestehende Dienstbarkeiten müssen

berücksichtigt werden. Wenn der Gemeinderat in der Motionsantwort - nach der Anpassung infolge der Dienstbarkeit - schreibt, das Bauprojekt sei zonenkonform, die Auflagen der Baubeschränkungsdienstbarkeit würden voll und ganz berücksichtigt, ist dies zur Zeit höchstens die Meinung des Gemeinderates. Diese kann er in der heutigen Situation noch nicht wissen. Den Entscheid fällt das Regierungsstatthalteramt in erster Instanz. Ein Problem wird es für die Gemeinde als Bauherrin auf jeden Fall geben: Wird die Einsprache vom Regierungsstatthalteramt gutgeheissen, wird der Gemeinderat ein neues Projekt vorlegen müssen. Wird die Einsprache abgelehnt, ist damit zu rechnen, dass die Einsprechenden das Geschäft weiterziehen werden, was ohne Weiteres ein bis zwei Jahre dauern kann. Aus all diesen Überlegungen bin ich der Ansicht, dass der Gemeinderat nicht darum herum kommen wird, das Parlament nochmals vollumfänglich zu informieren, insbesondere über den Wortlaut der Dienstbarkeiten. Der Grund für die vorliegende Motion liegt in der fehlenden Information des Parlamentes. Schade, hat der Gemeinderat dies nicht schon längst getan, denn die Informationen wurden uns bereits an der Sitzung vom 21. August 2006 versprochen, als der Gemeinderat über die Probleme der vergessenen Dienstbarkeiten informierte. Vor allem möchte ich diese Information nicht erst dann erhalten, wenn nichts mehr zu ändern ist, sondern zu einem Zeitpunkt, in dem ein Reagieren noch möglich ist. Aus diesem Grund stellte die GB/GFL-Fraktion Überlegungen für die Annahme der Motion. Gemäss unseren juristischen Abklärungen ergibt sich folgende Situation: Wenn die Motion angenommen wird, würde das Regierungsstatthalteramt das Baugesuch vermutlich sistieren. Das heisst, dass der Gemeinderat das Projekt nochmals auflegen müsste und das Spiel würde von vorne beginnen. Aus diesem Grund macht es aus unserer Sicht Sinn, den Entscheid für Annahme oder Ablehnung der Motion bis zur Entscheidung des Regierungsstatthalteramtes zu verschieben. In der Zwischenzeit hätte der Gemeinderat füglich Zeit zur Verfügung, das Parlament umfassend zu informieren. Die GB/GFL-Fraktion beantragt, die Abstimmung über die vorliegende Motion bis zur Sitzung vom 7. Mai 2007 zu verschieben.

Herr Valentin Lagger (CVP): Kurz etwas zur beantragten Verschiebung: Die Aussage der GB/GFL-Fraktion ist dahingehend nicht richtig, dass nicht das gesamte Projekt neu aufgelegt werden müsste. Im Übrigen kann das Parlament - wenn ich dies richtig verstanden habe - die Auffassung vertreten, vom Regierungsstatthalteramt zu erfahren, ob das Projekt bewilligungsfähig sei oder nicht; das bringe den Prozess nicht zum Stoppen.

Herr Daniel Oester (FDP): Wir von den Jungfreisinnigen können uns den Vorrednern anschliessen. Beim Durchlesen der Motionsantwort fragte ich mich, was ich hier kaufen würde. Ich bin zum Schluss gekommen, die Katze im Sack, wenn ich dem Gemeinderat folge. Zu jeder Antwort auf irgendeine Frage gehören jeweils die finanziellen Konsequenzen dazu aufgezeigt, die hier jedoch fehlen. Wenn uns diese Frage nicht plausibel erklärt werden kann, werden wir der Motion zustimmen.

Der Parlamentspräsident: Es liegt ein Verschiebungsantrag vor. Im Geschäftsreglement des Parlamentes steht in Art. 40: "Wird ein entsprechender Antrag gestellt, so ist die materielle Beratung zu unterbrechen und mit Ausnahme des Antrages auf Verschiebung ohne Diskussion über den Ordnungsantrag abzustimmen." Wir müssen somit über den Verschiebungsantrag abstimmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Regierungsstatthalteramt stellte uns in Aussicht, dass der Entscheid im Frühling 2007 bekanntgegeben werde.

Der Antrag der GB/GFL-Fraktion, das Geschäft auf die Sitzung vom 7. Mai 2007 zu verschieben, wird mit 12 : 18 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Ich gebe die Meinung der SVP-Fraktion bekannt: Wir werden die Motion annehmen, weil gravierende Änderungen vorgenommen wurden. Der Gemeinderat will uns jedoch weismachen, es handle sich lediglich um kleine Änderungen. In unseren Augen handelt es sich nicht mehr um dasselbe Geschäft und deshalb wird eine neue Beratung notwendig.

Herr Hugo Staub (SP): Am 13. März 2006 stimmten wir dem Kredit über die Sanierung der Alterswohnungen im Hessgut einstimmig zu. Auch die GPK empfahl die Annahme des Geschäftes einstimmig. Ebenfalls wurden die uns damals vorliegenden Unterlagen nicht als zu

wenig umfangreich empfunden. Wir hatten alle ein gutes Gefühl und waren der Meinung, die Sanierung müsse so rasch als möglich erfolgen. Ich verzichte auf lange Zitate aus dem damaligen Protokoll. Auf den Punkt gebracht hat es jedoch Daniel Krebs mit dem Satz: "Wenn sich die Gemeinde Köniz zum Ziel gesetzt hat, jedes Jahr 200 Wohnungen zu bauen, ist sie auch dazu verpflichtet, für genügenden Wohnraum für Betagte besorgt zu sein." Ich gehe davon aus, dass die hier geäußerten Differenzen nicht als Votum für oder gegen die Sanierung der Alterswohnungen im Hessgut zu werten sind. Mit dem Kreditbeschluss vom 13. März 2006 verliess das Geschäft die politische Bühne und wurde dem Gemeinderat mit der Auflage zur Umsetzung übergeben, dass wir ihn ermächtigen, Änderungen vorzunehmen, die im Laufe der Bauausführung im Interesse des Werkes notwendig seien, sofern sie den Rahmen des Bauprogrammes und des Kredites nicht sprengen. Wenn nun Valentin Lagger Professor Aldo Zaugg zitiert, handelt es sich um einen Kommentar von ihm, der sich auf das Baubewilligungsverfahren und auf die schützenswerten Rechte von Nachbarn betreffend baugesetzlichen Belangen bezieht. Das hat nicht dieselbe Bedeutung, wie wenn wir sagen, dass es dem Bauvorhaben einen Sinn gibt, dass ein Bauprogramm vorhanden ist und ein einzuhaltender Kreditrahmen. Diese Formulierung ist doch etwas offener gehalten als die baujuristische von Adolf Zaugg geäußerte.

Die nun zur Diskussion stehende Motion verlangt, dem Parlament seien für die Sanierung der Alterswohnungen zwei Varianten - eine mit und eine ohne Attikawohnungen - vorzulegen, weil die Änderungen zu sehr vom ursprünglichen Projekt abweichen würden. Diese Ansicht kann die SP-Fraktion nicht teilen. Die Begründungen erhielten wir vom Gemeinderat zum Teil bereits schriftlich und ich gehe davon aus, dass wir heute zusätzlich informiert werden. Aus der Sicht der SP-Fraktion ist vor allem wichtig, das was wir noch nicht wissen so rasch als möglich zu erfahren: Es ist noch nicht bekannt, ob das angepasste Projekt im Licht der leider etwas zu spät beachteten Dienstbarkeit überhaupt bewilligt werden kann. Ebenfalls noch nicht bekannt sind uns die effektiven Kosten des neuen Projektes. Es muss eine Baubewilligung vorliegen und die Arbeiten müssen ausgeschrieben sein, damit wir über offertbasierte Kostenschätzungen verfügen. Wenn sich dannzumal zeigt, dass beispielsweise das Attikageschoss nicht realisiert werden kann und sich das Projekt auf den offertbasierten Kostenvoranschlägen nicht mehr rechnet, dann gehört es zurück auf die Bühne der Politik. Im Moment sind in dieser Frage nur Anhaltspunkte vorhanden, aber keine Gewissheit. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Motion ein sinnvolles Vorhaben - die notwendige Sanierung - nur verzögert. Ich gehe auch nicht davon aus, dass sich die Nachbarschaft durch politische Entscheide - ob die Sanierung mit oder ohne Attikageschoss erfolgt - dazu bewegen lässt, von ihren Rechten, gegen ein solches Vorhaben einzusprechen, Abstand zu nehmen. Wenn wir uns hier politisch für die Beibehaltung des Attikageschosses entscheiden würden, bleibt bis zum Entscheid des Regierungsstatthalteramtes die Ungewissheit bestehen, ob dies baurechtlich effektiv bewilligt werden kann. Deshalb wird die SP-Fraktion die Motion ablehnen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich verfolgte die angeregte Diskussion aufmerksam und möchte zu Beginn Gemeinderätin Judith Ackermann, welche als Vorsteherin der Direktion Gemeindebauten das Bauprojekt führt, bitten, Ihnen die neuesten Zahlen - immer noch Kostenschätzungen mit einer Genauigkeit von ± 10 Prozent - bekanntzugeben. Anschliessend werde ich mich zu Wort melden.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich gebe ein paar Fakten zu den rein baulichen Aspekten bekannt. Durch die Anpassung an die neue Linie wird das Attikageschoss um 42 m² Bruttogeschossfläche (BGF) kleiner oder um ca. 17 m² Nettowohnfläche. Die Kosten für das Attikageschoss verringern sich infolge Verkleinerung somit um 74'000 Franken. Das entspricht etwas über 2 Prozent bezogen auf den Gesamtkredit von 3,5 Millionen Franken. Die 42 m² entsprechen auf die reine Attikafläche bezogen minus 15 Prozent und auf die gesamte BGF etwa minus 3 Prozent. Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen ob diese Veränderung wesentlich ist oder nicht. Ich erinnere daran, dass bei Kostenvoranschlägen von einer Genauigkeit von ± 10 Prozent ausgegangen werden muss. Für die Rendite bin ich nicht zuständig.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich habe die Bruttorendite gestützt auf diese Angaben überprüfen lassen und selbst unter der Annahme, dass die Mietzinse auf dem Niveau der Vorlage vom März 2006 bleiben, wird die Bruttorendite weiterhin 6 Prozent betragen. Das

heisst, das Bauprojekt wird dieselbe Bruttorendite abwerfen und die Alterssiedlung Hessgut wird weiterhin wie vorgesehen, für Senioren und Seniorinnen aus dem unteren Mittelstand erschwinglich sein. Wir werden insbesondere die EL-Grenzwerte einhalten können. Wir waren der Meinung, dass eine detaillierte Orientierung des Parlamentes erst dann Sinn macht, wenn der Entscheid des Regierungsstatthalteramtes vorhanden und bekannt ist, was überhaupt realisiert werden kann. Ich gebe weiter zu bedenken, dass wir nach unserer Auffassung im abgeänderten Projekt drei Attikawohnungen für Seniorinnen und Senioren aus dem unteren Mittelstand realisieren können, die sonst nie mehr so erstellt werden könnten. Wie die Chancen für die Baubewilligung stehen, kann ich hier nicht abschliessend beurteilen. Unseres Erachtens steht die erwähnte Dienstbarkeit der Baubewilligung nicht entgegen, aber ich kann keine sichere Prognose abgeben. Der Entscheid liegt nun bei Ihnen. Der Gemeinderat kann auch mit dem Entscheid der Motion als erheblich leben und wird Ihnen die Vorlage dementsprechend in zwei Varianten vorlegen.

Herr Valentin Lager (CVP): Auch nach dieser angeregten Diskussion halten wir an unserer Motion fest. Insbesondere deshalb, weil die von uns geforderte Transparenz bis anhin fehlt. Diese wurde lediglich mündlich abgegeben, nachdem die GPK mehrmals danach verlangte. Transparenz hätte in der Motionsantwort dargelegt werden können. In meinen Augen geht Folgendes mathematisch nicht auf: Wenn die Erstellung des Attikageschosses 74'000 Franken weniger kostet und - wie gehört wurde - 70'000 Franken für die Korrektur des Fehlers ausgegeben werden müssen, sind wir ungefähr wieder am Anfang, haben jedoch eine Wohnung weniger zur Vermietung vorhanden. Dass damit immer noch dieselbe Bruttorendite erzielt werden soll, ist fast wie bei Jesus, den Fischen und dem Brot.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich habe ebenfalls ein mathematisches Problem. Wir sprechen hier von 74'000 Franken weniger hohen Baukosten. Ich habe ein sehr schlechtes räumliches Vorstellungsvermögen und kann mir nicht vorstellen, dass drei statt vier Wohnungen nur eine Minderung der Nettowohnfläche von 17 m² ergeben soll.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Infolge Einhaltung der Dienstbarkeitslinie wurde das Attikageschoss in eine andere Ecke des Gebäudes verschoben. Damit wird erreicht, dass nicht viel BGF verloren geht. Somit stellt sich die Situation gar nicht so schlimm dar wie befürchtet. Die Kosteneinsparungen von 74'000 Franken wurden uns vom projektführenden Architekturbüro Rykart bestätigt.

Herr Christoph Salzmann (SP): Ich verstehe und kann nachvollziehen, dass ein gewisser Unmut vorhanden ist, weil nicht von Anfang an Transparenz vorhanden war. In den Begründungen für die Erheblicherklärung der Motion war stets von dieser fehlenden Transparenz die Rede. Ich verstehe jedoch Folgendes nicht: Wenn mit der Einreichung einer Motion Transparenz erreicht werden will, weshalb verlangt man vom Gemeinderat, dass er dafür zwei verschiedene Varianten vorlegen soll? Weshalb konzentriert man sich nicht auf die gewünschte Transparenz? Das geht in meinen Augen nicht auf und deshalb ist es richtig, die Motion abzulehnen.

Herr Urs Maibach (GB): Auch ich erwartete heute Abend etwas mehr Transparenz. Schade ist auch, dass die eben gehörten Zahlen dem Parlament nicht schriftlich zur Verfügung gestellt wurden, wie auch ein kleiner Skizzenplan. Damit hätte man sich eine entsprechende Meinung bilden können. Ich spüre den Willen zu einer vollumfänglichen Transparenz nicht so richtig und zweifle nach wie vor.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich habe noch eine Frage an die Baufachleute: Wenn das Attikageschoss derart an den Rand des Gebäudes geschoben wird und sich fast in einer Flucht mit der Fassade befindet, ist dies in meinen Augen kein eigentliches Attikageschoss mehr. Was ist die genaue Definition eines Attikageschosses?

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Normalerweise wird von einem Attikageschoss gesprochen, wenn der Rücksprung auf die Fassade 1,5 Meter beträgt. Gemäss dem Baureglement der Gemeinde Köniz sind Vorschriften vorhanden, die folgendermassen ausgelegt werden können: Unter gewissen Voraussetzungen kann auf einer Seitenfassade und auf der Rückfassade auf einen Rücksprung verzichtet werden. Wir sind der Ansicht, dass diese Voraussetzungen mit dem vorliegenden Projekt erfüllt sind.

Mit 18 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die dringliche Motion CVP/EVP betr. Sanierung der Alterwohnungen Hessgut, Liebefeld (0628) wird erheblich erklärt.

10. Interpellation CVP betr. Sperrung der Datenbekanntgabe an Private

Beantwortung 0630; Direktion Sicherheit

Der Parlamentspräsident: Ich als Interpellant danke dem Gemeinderat für die beruhigende Antwort und die Änderungen, welche er in künftigen Publikationen einbauen wird. Ein Wermutstropfen ist jedoch noch vorhanden: Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Möglichkeit der Datensperrung den Neuzuzügerinnen und -zuzügern bereits im Begrüssungsset bekanntgemacht würde.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

11. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0702 Dringliche Motion CVP betr. Teuerungsausgleich des Könizer Gemeindepersonals

0703 Dringliche Interpellation SP Köniz betr. Umsetzung des neuen Bildungsreglements - Lehrstück Handyverbot

0704 Überparteiliche Motion SP, Grüne, CVP, EVP, FDP, SVP betr. Senioreninformation - alles auf einen Blick

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke der SVP-Fraktion für den Rückzug der Motion betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse (0617) und verspreche, die Petition eingehend zu prüfen. Ich bin überzeugt, dass gewisse Punkte der Motion erfüllt werden können.

Anfangs Februar erschien in der "Berner Zeitung" ein Artikel mit dem Thema "Kinder meisseln unsere Randsteine". Dieser Artikel ist mir aufgefallen und ich ging dem Thema nach. Wir beziehen den grössten Teil unserer Randsteine aus der Türkei und den Rest aus Portugal. Wird eine Strasse saniert, werden fast alle alten Randsteine wiederverwendet, wie z.B. an der Stationsstrasse, wo 95 Prozent wieder eingesetzt werden konnten.

Herr Daniel Oester (jfk): Beim Lesen der neuesten Ausgabe von "Köniz innerorts" fiel mir Folgendes auf: Ich bin der Meinung, "Köniz innerorts" sei ein Informationsmedium und mich stört, dass der Könizer Bevölkerung mittels einer Grafik mitgeteilt wird, dass die Gemeinde Köniz seit dem Jahr 2003 vor Abschreibung des Bilanzfehlbetrages jeweils positive Rechnungsergebnisse erziele. Materiell stimmt diese Aussage. Der Bevölkerung wird jedoch unterschlagen, dass während 5 Jahren so genanntes Tafelsilber aufgelöst werden musste, um diese guten Rechnungsergebnisse auszuweisen. Mit dieser Grafik sagen wir der Bevölkerung, dass es uns super geht. Jedoch mussten z. B. der Abendbetrieb der Linie 16 in die Gurten-gartenstadt gestrichen werden und die Musikschule auf Mittel verzichten. Mit der Veröffentlichung solcher Grafiken wird dem Parlament wie auch dem Gemeinderat die Arbeit erschwert. Ich bitte um objektive Informationen an die Bevölkerung.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Sie konnten den Medien entnehmen, dass am nächsten Mittwoch der Polizeiposten in Niederwangen definitiv geschlossen wird. Als SVP-Fraktionspräsident möchte ich hier meinen Unmut über diesen Vorgang bekanntgeben. Wir debattierten heute über Vandalismus und die grossen Schwierigkeiten, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Der Posten wurde vom Kanton aus Spargründen gestrichen und die Könizer Bevölkerung im Wangental verfügt somit über keinen Polizeiposten mehr. Der Kanton spart mit dieser Übung sicher am falschen Ort. Solche Sparübungen können nicht auf dem Buckel der Bevölkerung im Wangental ausgetragen werden.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Auch der Gemeinderat gibt hiermit seinem Bedauern über die Schliessung des Polizeipostens in Niederwangen Ausdruck. Ich muss allerdings erklären, dass wir über keine Kompetenzen verfügen, Polizeiposten zu öffnen oder zu schliessen. Diese liegen ausschliesslich beim Kanton. Der Kanton hat ein Konzept, in welchem er vorsieht, die Polizei in Köniz - im Gebäude an der Sägestrasse 42 - zu konzentrieren und die Erschliessung des Wangentals durch die Polizeiposten in Bümpliz und Neuenegg zu gewährleisten. Der Polizeiposten, so wurden wir informiert, sei nicht aus Spargründen vorzeitig geschlossen worden, sondern weil von den drei dort arbeitenden Kantonspolizisten zwei ihren Arbeitsort wechseln. Es sei im Moment schwierig, geeignetes Personal zu finden und nicht möglich, zwei sich in Ausbildung befindende Polizisten in Niederwangen anzustellen. Der Polizeiposten in Niederwangen habe ausserdem sehr eingeschränkte Öffnungszeiten gehabt, d.h. die Kundenfreundlichkeit war nicht gross. Das Konzept des Kantons sieht vor, dass vermehrt Polizisten auf der Strasse verkehren. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir sehen hier keine Möglichkeit, etwas zu ändern.

Der Parlamentspräsident: Die nächste Sitzung findet am Montag, 12. März 2007 um 19.00 Uhr statt. Hiezu Folgendes: Wir werden über drei Geschäfte beraten, welche am 17. Juni 2007 zur Abstimmung gelangen. Eine der drei Vorlagen wird am nächsten Mittwoch im Gemeinderat behandelt und aus diesem Grund erfolgt der Versand der Botschaft für alle drei Vorlagen noch nicht mit dem diese Woche erfolgenden Aktenversand, sondern erst in der darauffolgenden Woche. Am 12. März muss mit einer längeren Sitzung gerechnet und eventuell eine zweite am 19. März 2007 durchgeführt werden. An diesem Termin findet bereits die Vorstellung des Hornung-Berichtes betreffend Bevölkerungsszenarien statt. Mein Vorschlag: Wer an dieser Veranstaltung teilnehmen will, findet sich um 18.30 Uhr, danach findet eine kleine Pause statt und anschliessend die Parlamentssitzung. Nun wünsche ich allen, denen die Skiferien noch bevorstehen, viel Schnee, viel Sonne und Hals- und Beinbruch.

Schluss der Sitzung um 21.05 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Die Sekretärin

Ignaz Caminada

Anita Fehlmann